



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
8. Oktober 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Die Südweststaat-Situation	S.1
Russlands Bevölkerungszuwachs	S.3
Barbara Ayrton-Gould gestorben	S.4
BHE-Reklame	S.5
Der Regierungs-Mitläufer	S.6

Politik der kleinen Kniffe

(sp) Die Zukunft Südwestdeutschlands im Rahmen der deutschen Länder bleibt nach wie vor trotz der Volksbefragung über den Südweststaat ein grosses Fragezeichen. Teilweise liegt das an den Wählern selbst, von denen leider viele die Chance ungenutzt liessen, ihren Willen eindeutig zu bekunden. Weder im Norden noch im Süden waren die Mehrheiten für den Südweststaat bzw. für die Wiederherstellung Altbadens demonstrativ und überzeugend.

Nichtsdestoweniger war der lauteste Propagandist dieses eigenartigen "Ost-West-Konflikts" im Westentaschenformat der Hauptverlierer der Abstimmung: der südbadische Staatspräsident Wohleb. Ursprünglich hatte er wahrscheinlich gehofft, in Südbaden eine überaus starke Anhängerschaft für seinen neuen Staatsmythos zu sammeln, aber kompakte Mehrheiten für seine Patentlösung ergaben sich eigentlich nur in den mittelbadischen Stimmbezirken, also überall dort, wo noch eine gefühlsmässige Zuordnung zu Karlsruhe gegeben ist und die Träume verstaubter ehemaliger Residenzherrlichkeit noch immer nicht ausgeträumt sind.

Nach der Abstimmung versuchte Wohleb zunächst mit der Tatsache aufzutrompfen, dass die Addition der Stimmen in Nord- und Südbaden eine überaus knappe Mehrheit gegen den Südweststaat ergeben hatte. Wohleb folgerte daraus, dass nunmehr Altbaden schleunigst wiederhergestellt werden müsse. Diese Rechnung ging aber vollkommen an der Tatsache vorbei, dass sich in den letzten Jahren in Südwestdeutschland sehr lebendige Realitäten entwickelt haben, denen mit rein

rechnerischen Manövern schlechterdings nicht beizukommen ist. Gerade die wirtschaftlich bedeutenden Städte Nordbadens wie Mannheim, Heidelberg und Pforzheim, haben nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, dass sie die Wiederherstellung Altbadens niemals mitmachen würden. Voraussichtlich würden sich auch die südbadischen Grenzkreise wie Lörrach, Konstanz und Singen, die sämtlich Mehrheiten für den Südweststaat aufwiesen, diesem Beispiel anschliessen. Wohlbe's "grossbadische" Spekulationen sähen sich, wenn sie in Erfüllung gingen, vermutlich auf ein Gebiet beschränkt, das etwa von Freiburg im Süden und von Bruchsal im Norden begrenzt würde. Ein solcher "Staat" könnte aber lediglich von Erinnerungen und Ressentiments zehren, eine für den heutigen Alltag nicht sehr kompakte Nahrung.

Derartige Überlegungen dürften auch Wohlbe inspiriert haben, bei der Besprechung der drei südwestdeutschen Regierungschefs in Wildbad wesentlich kürzer zu treten als unmittelbar nach der Abstimmung. Er regte eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen den drei Ländern an, für die ein Verwaltungsabkommen die Grundlage bilden soll. Wohlbe's Vorschläge zielen darüber hinaus auf eine engere Koordinierung der Politik der drei Länder besonders dem Bund gegenüber. Mit der Verwirklichung dieser Vorschläge wären zwar eine ganze Reihe von Ministersitzen gerettet, aber keine wirklichen Fortschritte erzielt. Gerade diese zu verhindern ist aber zweifellos Wohlbe's eigentliches Leitmotiv, der mit seiner in Wildbad entwickelten Konzeption zu der seit Jahren mit Erfolg und Geschick betriebenen Verzögerungstaktik zurückkehrt.

In Stuttgart und Tübingen ist man zwar geneigt, Wohlbe's Vorschläge als Zugeständnis an eine unvermeidbare Entwicklung zu interpretieren, die schliesslich doch den Südweststaat herbeiführen müsse. Südbaden aber will vermutlich nur Zeit gewinnen, nichts weiter. Deswegen dürfte auch die für den 7. November erneut in Aussicht genommene Konferenz der drei Regierungschefs kaum zur erstrebten Lösung einer Ländervereinbarung führen. Sollte auch der Bund später keinen Ausweg finden, bliebe nur noch der direkte Volksentscheid. Auch wenn dessen Resultat ähnlich aussähe wie das des 24. September, müssten wenigstens Württemberg-Baden und Südwürttemberg-Hohenzollern ohne längere Rücksichten auf den südbadischen Partner die Konsequenzen ziehen. Nur dann wird wahrscheinlich auch Südbaden über kurz oder lang über den Restaurationsfanatismus geltungsbesessener Politiker der Kirchturmsperspektive hinweggehen und den Anschluß an eine natürliche Entwicklung finden.

Russlands Menschenreserven nicht unerschöpflich

01. Aus der Aufschlüsselung der russischen Bevölkerungs- und Wählerstatistik, die im Anschluss an die im März abgehaltenen Neuwahlen zum Obersten Sowjet angelegt und deren Ergebnisse jetzt im einzelnen bekanntgegeben wurden, folgern sich zum erstenmal seit der Zeit vor dem Krieg genauere Anhaltspunkte für die zahlenmässige Entwicklung der Gesamtbevölkerung der UdSSR seit Kriegsende.

Die bisherigen Berechnungen des Auslands erweisen sich im allgemeinen als richtig. Aus der Einteilung des Gesamtstaates in 671 Wahlbezirke zu je 300.000 Einwohnern (es soll ein Abgeordneter immer auf 300.000 Einwohner kommen) folgt, dass sich die Bevölkerung des russischen Reiches auf 201.3 Mill. Menschen beziffern lässt. Diese Zahl kann man an Hand folgender Überlegung nachkontrollieren: Die letzte Volkszählung der UdSSR (1939) ergab 170.5 Millionen. Die Annexion bei Kriegsende erbrachte einen Zuwachs von 16.2 Mill. Menschen. Die Kriegsverluste an der Front und in der Heimat weisen die Russen amtlich mit zehn Millionen aus. Der natürliche Zuwachs betrug entsprechend dem jährlichen Durchschnitt der Periode 1939 - 1950 also nur 14.5 Millionen statt der 24.7 Millionen, die nach dem Durchschnitt der Jahre 1926 - 1939 zu erwarten waren. Und damit sind wir ebenfalls bei 201.2 Millionen angelangt. Alle wesentlich über die 200-Millionen-Grenze hinausgehenden Schätzungen können heute mit Bestimmtheit als falsch abgewiesen werden.

Ohne den Krieg hätte sich die Bevölkerung der Sowjetunion (einschliesslich der 1939/40 annektierten Gebiete) auf 217 bis 218 Millionen gesteigert. Ohne die Annexion wären es um 200 Millionen gewesen. Somit sind die Kriegsverluste durch die neu hinzugekommene Bevölkerung zahlenmässig ausgeglichen. Zu vermerken ist aber noch, dass der relative Bevölkerungszuwachs in den ersten fünf Nachkriegsjahren weniger als die Hälfte der Vorkriegszeit beträgt und damit weiterhin fast um ein Drittel unter das Niveau der Kriegsjahre selbst gefallen ist. Auch Russland entgeht also nicht den bevölkerungspolitischen Folgen einer intensiven Industrialisierung!

Zum erstenmal lassen sich nun ferner die grossen Verschiebungen innerhalb der UdSSR seit Kriegsende nachprüfen. Es stellt sich heraus, dass sie genau den Absichten des Fünfjahresplanes entsprechen, den Zug vom Land in die Stadt zu verstärken und ihn in diejenigen Gebiete lenken, in denen die grössten Neubauten erfolgen.

Zugenommen hat die Bevölkerungszahl vor allem in der Fernost-Pro-

vinz (fast 100 Prozent = 2.2 Millionen), in Karelien-Murmansk (50 Prozent = 0.4 Millionen), in den Baltischen Staaten (fast 30 Prozent = 1.4 Millionen), in Westsibirien (über 20 Prozent = 1.9 Millionen) und in der Ukraine (fast 14 Prozent = 5.3 Millionen). Man braucht nur die neuen grossen Industriestädte Komsomolsk, Molotowsk und Nowosibirsk zu nennen und die Notwendigkeit der Auffüllung der Baltischen Republiken und der Ukraine zu erwähnen, ausserdem festzustellen, dass sich die Bevölkerungszunahmen im einzelnen fast ausschliesslich auf die Städte konzentrieren und die herangeholten Menschen nur aus den industriell weniger entwickelten, dafür aber landwirtschaftlich umso bedeutenderen Provinzen abgezogen wurden - und schon ergibt sich ein klares Bild von der russischen Wirtschaftsplanung.

Mit einem Schlage wird nun aber auch klar, warum die Sowjetregierung in diesem Frühjahr eine grosse Agrarreform beginnen musste. Die Zusammenlegung der kleineren Kolchose zu grossen Agrarstädten wird zu einer unabdingbaren Notwendigkeit, wenn die Industrialisierungspläne weitergeführt werden sollen. Nur so sind die Menschenmassen aufzutreiben, die die neuen Werke in Gang bringen können. Der Zwang, um der weiteren Industrialisierung willen von einem fast zwanzig Jahre lang gehaltenen Kurs in der Agrarpolitik abzugehen, zeigt allerdings, dass die Menschenreserven der Sowjetunion keineswegs unerschöpflich sind und jetzt bald die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreichen. Was wiederum auf die Grenze der Industrialisierungsmöglichkeiten bei dem derzeitigen Stand der russischen Technik schliessen lässt, sofern nicht von anderen Ländern - vor allem China - neue Arbeitermassen zufliessen.

- - -

Barbara Ayrton-Gould gestorben

sp. Die auch in der deutschen Sozialdemokratie zu einem Begriff gewordene englische Sozialistin Barbara Ayrton-Gould ist vor wenigen Tagen gestorben. Sie war Mitglied des Unterhauses von 1945 bis 1950 und verlor ihren Sitz mit nur wenigen Stimmen bei den letzten Wahlen. Bei Ausbruch des letzten Krieges wurde sie Vorsitzende der Labour Party, deren Exekutive sie schon seit 1930 angehörte. Ab 1938 setzte sie sich besonders für die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten ein. Sie gehörte zu der kleinen Gruppe englischer Politiker, die schon damals öffentlich die These von der Kollektivschuld verurteilte und in diesem Sinne sich auch für Deutschland nach Kriegsende einsetzte.

- Im Namen des Parteivorstandes der SED sandte Herta Gotthelf der Labour Party ein Beileidstelegramm. - - -

Propaganda allein ist zu wenig

H1. "Die BHE-Minister in Schleswig-Holstein halten zweimal in der Woche Sprechstunden ab, in denen sie jedermann ohne Anmeldung empfangen". "Der erste Vorsitzende des BHE, Waldemar Kraft, erklärte, seine Ausführungen beim Bundeskanzler über eine gesamtdeutsche Verantwortung den Flüchtlingen gegenüber wären mit grösstem Interesse aufgenommen, ja teilweise sogar aufgegriffen worden". "Schleswig-Holstein will auf Initiative des BHE die Gleichstellung der A- und B-Flüchtlinge gesetzlich regeln". "Der BHE wird dem schleswig-holsteinischen Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorlegen, das die Rechtsverhältnisse der Vertriebenen regelt".

Was sind das für merkwürdige Nachrichten! Handelt es sich um Propaganda-Meldungen des BHE, die von ahnungslosen Zeitungen und Journalisten übernommen werden? Oder bemüht sich der schleswig-holsteinische Wahlblock, durch ihm nahestehende Zeitungen den mit seinen sozialen Forderungen nicht ganz bequemen Partner zu poussieren und die seltsame Ehe damit zu kitten?

Für den, der sich im politischen Leben etwas auskennt, ist es keine Offenbarung, sondern eine altbekannte Selbstverständlichkeit, dass Flüchtlings- oder Sozialminister mindestens zwei Stunden in der Woche sich von jedermann sprechen lassen, dessen Anliegen aus irgend einem Grunde von dem Minister gehört werden sollte. Realisten sind sich aber auch über den Nutzen solcher "Audienzen" im klaren; ihr Hauptwert liegt, wie der in der Politik neue BHE wieder beweist, auf propagandistischem Gebiet. Wenn ferner Dr. Adenauer jetzt erst die "gesamtdeutsche Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen" begreift, dann tut uns sowohl der Bundeskanzler, als auch der Bundesflüchtlingsminister leid. Beide hätten das seit Jahr und Tag im Grundgesetz nachlesen können. Die Frage sei erlaubt, was der Bundesflüchtlingsminister bisher sonst noch getan bzw. unterlassen hat.

Schliesslich rennt der BHE mit seinen angeblich vorbereiteten Gesetzesentwürfen offene Türen ein, da sowohl in der Frage der Gleichstellung der Vertriebenen mit den Ostzonenflüchtlingen, als auch in der Frage des Flüchtlingsrahmengesetzes der Bund die konkurrierende Gesetzgebung in Anspruch nimmt, so dass einzelne Länder hierin keine Sonderregelung mehr treffen können.

Man wird sich über jede Maßnahme freuen, die der BHE in Schleswig-Holstein zum wirklichen Nutzen der Vertriebenen anregt. Es sei aber

Skepsis gegenüber einer derartig offensichtlichen Reklame für effektiose Dinge erlaubt. Sollte der BHE jetzt schon Sorgen haben, die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen zu können? Es ist klar, dass in Schleswig-Holstein keine Regierung Wunder wirken kann, aber ebenso klar ist, dass keine Regierung kaum etwas Besseres zu tun vermag, als die von der abgelösten Regierung verfolgte Sozialpolitik weiterzuführen. Die ECA-Kommission jedenfalls, die vor einigen Tagen Schleswig-Holstein bereiste, erklärte, dass die SPD-Regierung für die Vertriebenen Erstaunliches geleistet habe. Der BHE wird bei allen wirklichen sozialen Maßnahmen keinen aufrichtigeren Befürworter finden als die SPD. Mit Propaganda allein aber ist auf die Dauer keine Flüchtlingspolitik zu machen.

Der Regierungs-Mitläufer

K.-H.B. In einer vom DGB durchgeführten Befragung, wie die Kontrollorgane der Sozialversicherung zu besetzen seien, hatten sich 98,5 Prozent der Sozialversicherten für den Kompromißvorschlag des DGB entschieden, wonach auf die Versicherten ein Anteil von zwei Dritteln, auf die Arbeitgeber ein Drittel fallen sollte. Trotzdem sprach sich der Bundestag für den Regierungsentwurf, für eine paritätische Besetzung, aus. So sollen also 450.000 Arbeitgeber dieselben Rechte besitzen wie 20 Millionen Pflicht- und 9 Millionen Freiwillig-Versicherte, obwohl die Arbeitgeber keine echten Sozialversicherungsbeiträge zahlen und in Angelegenheiten der Versicherten eigentlich nichts zu suchen haben sollten. Selbst zu Bismarcks Zeiten hat es das nicht gegeben, denn der gewiss nicht sozialistenfreundliche Kanzler hatte den Versicherten eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Sozialversicherung eingeräumt.

Eine besondere Rolle hat dabei Bundesarbeitsminister Storch gespielt. Im selben Augenblick, als er die paritätische Besetzung in der Sozialversicherung proklamierte, stimmte er den Forderungen der Unternehmer, die Aufsichtsräte nur mit einem Drittel Arbeitnehmer zu besetzen, zu. Das ist Wirtschaftsdemokratie, wie er sie meint. Da kann selbst sein Berliner CDU-Kollege Kreil nicht mehr mit, er schüttelte vernehmlich mit dem Kopfe.

Immer mehr verleugnet der Minister Storch den ehemaligen Gewerkschaftler, immer stärker sieht er seine vornehmste Aufgabe darin, dem Bundeskanzler gefügig zu sein. Er offenbart sich so als ein Regierungs-Mitläufer, als das gewerkschaftliche Aushängeschild einer Unternehmer-

regierung. Erst kürzlich schob er bei dem Streik der Binnenschiffer der Gewerkschaft Ö.T.V. die Schuld zu - er, der Gewerkschaftler. Storch hat heute nichts mehr mit der Gewerkschaft gemeinsam, als dass er seinen Mitgliedsbeitrag entrichtet. Früher - er wird sich daran erinnern - als er noch Gewerkschaftssekretär in Niedersachsen war, hat er einmal eine andere Haltung an den Tag gelegt. Aber das war noch zu einer Zeit, da ihm noch kein Ministerhut winkte.

- - -

"...irgendwie Haltung"

with. Vor kurzem erschien in mehreren illustrierten Wochenzeitschriften das Bild eines amerikanischen Soldaten. Es war auf dem Transport zur Korea-Front. Vielerlei Gefühle und Erinnerungen mochten beim Betrachten dieses Bildes aufgekommen sein, aber niemandem fiel es ein, den Soldaten zu schmähen oder gar Rückschlüsse auf sein Volk zu ziehen. Das blieb ausgerechnet einer 75jährigen Frau aus Itzehoe vorbehalten. Sie schrieb der Redaktion einer Zeitschrift:

" Der gezeigte weinende Marinesergant mag für Amerika richtig sein, für Deutschland nicht. Unsere eingeeengte geographische Lage, unser armer Boden zwingt nun mal zum Kampf, man mag ihn wollen oder nicht. Ich bin beheimatet in einer kleinen holsteinischen Stadt (Holzhandlung in der vierten Generation). Jede Generation war seit 1848 im Krieg. Drei Gefallene im Alter von 18-21 Jahren. Das gibt irgendwie Tradition und Haltung, über die der Amerikaner nicht verfügt. Jedenfalls kann man sich keinen weinenden Holsteiner Bauernsohn vorstellen.

Frau Elsa Biel, Itzehoe."

Was weiss denn diese traditionelüsterne Oma, wie dem Holsteiner Bauernsohn im Dreck zumute war! Allen ist uns das Weinen gekommen, wenn nicht beim Abschied, dann beim Einscharren - denn mehr war das nicht - von Kameraden. Und keiner hat sich der Tränen geschämt. Sie bewiesen, dass wir in aller Unmenschlichkeit des Krieges menschlich zu empfinden vermochten. Vielleicht waren es gerade ihre Söhne, um die Männer weinten. Karg, wie der Boden, vom dem diese Frau spricht, sind ihre Gedanken, die den Ausweg aus der Armut nur darin finden, anderen etwas wegzunehmen. Das ist genau der Geist, der Deutschland in seine heutige Lage gebracht hat und der es verhindert, einmal andere Wege als die der Gewalt zu gehen, um der Armut zu entkommen. Aber Alter schützt bekanntlich nicht vor Torheit....

- - -

Mit dem 3.Reich verwechselt

sp. Dr. Werner Saemann, Rechtsanwalt, Düsseldorf, hat als Rechtsvertreter der Eisengroshandlung Otto R. Kraus, Düsseldorf, dem Parteivorstand der SPD eine Berichtigung zugeschickt. Die Berichtigung bezog sich auf einen Ausspruch Dr. Schumachers, wonach diese Firma in die Ostzone Panzerplatten liefert habe. Der Berichtigung liegt eine eidesstattliche Versicherung der beiden Geschäftsführer der Firma bei, worin erklärt wird, dass die Firma "Eleche in Panzerqualität" nicht gehandelt habe. Dr. Saemann fordert den Parteivorstand der SPD u. a. auf, "insbesondere auf die Ihnen angeschlossenen Zeitungen dahin einzuwirken, dass die Falschmeldung nicht übernommen und auch sonst nicht mit Bezug auf meine Mandantin lancierte Falschmeldungen veröffentlicht werden."

Der Pressechef der SPD, Fritz Heine, hat Dr. Saemann mit einem Brief geantwortet, dem wir u. a. entnehmen: "Bei Ihrem Wunsch, auf die uns "angeschlossenen Zeitungen einzuwirken", haben Sie zweifellos nicht bedacht, dass wir uns nicht mehr im Dritten Reich befinden und daher auch keine Pressepolitik im Stile der NSDAP betreiben."